17.08.2023

Niederschrift KA/004/2023

Kreisausschuss

am 24.07.2023 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.002 - C.003

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Mario Löhr

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Martina Eickhoff

Herr Norbert Enters

Vertretung für Frau Christine Hupe

Herr Jens Hebebrand

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Vertretung für Herrn Hartmut Ganzke

Herr Martin Wiggermann

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annika Brauksiepe

Herr Peter Dörner

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Herbert Krusel

Vertretung für Frau Annette Droege-Middel

Herr Marco Morten Pufke

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Anke Schneider

Herr Herbert Goldmann

Vertretung für Frau Sandra Heinrichsen

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Frau Katja Wohlgemuth

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke / Kreisdirektor/Dezernent I

Herr Adrian Kersting / Dezernent II

Herr Torsten Göpfert / Dezernent III

Herr Holger Gutzeit / Dezernent IV

Frau Silke Schmücker / Leiterin Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Dajana Wiggeshoff / Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung/Schriftführerin

Frau Leonie Engelhardt / Gleichstellungsbeauftragte

Herr Gert Kozik / Fachbereich Bauen und Planen

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Hartmut Ganzke

Frau Christine Hupe

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annette Droege-Middel

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Sandra Heinrichsen

N.N.

Herr Dr. Gerrit Heil

Herr Landrat Löhr begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 13.07.2023 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Herr Landrat Löhr ernennt anschließend Herrn Herbert Goldmann zum stellvertretenden Mitglied des Kreisausschusses. Er leistet den Amtseid.

Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Bestellung einer Schriftführerin
Punkt 2		Fragestunde für Einwohner*innen
Punkt 3	143/23	Stellungnahme zur 2. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW; Dringlichkeitsbeschluss
Punkt 4	144/23	Vergabe von rettungsdienstlichen Leistungen im Bereich des Krankentransportes im Kreis Unna; Erweiterung eines Grundsatzbeschlusses; Dringlichkeitsbeschluss
Punkt 5	145/23	Einführung des Deutschlandtickets für das Schuljahr 2023 / 2024 an den Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna; Dringlichkeitsbeschluss
Punkt 6		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Dajana Wiggeshoff zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreis Ausschusses bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2

Fragestunde für Einwohner*innen

Fragen von Einwohner*innen ergeben sich nicht.

Punkt 3 143/23

Stellungnahme zur 2. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW; Dringlichkeitsbeschluss

Erörterung

Herr Kozik berichtet anhand einer Präsentation über die geplante Änderung des Landesentwicklungsplans NRW und erläutert anhand dessen die Stellungnahme des Fachbereiches Bauen und Planen zur vorgenannten Änderung. Auf die beigefügte Präsentation sowie auf die Drucksache 143/23 wird insofern inhaltlich an dieser Stelle verwiesen.

Herr Krammenschneider-Hunscha erklärt, dass die SPD-Fraktion das Verfahren hinsichtlich der kurzen Frist und des falschen Zeitpunktes für ungünstig und gefährlich erachte. Es sei der Eindruck entstanden, dass die im Laufe des komplexen Prozesses verstrichene Zeit nun gegen Ende hin eilig aufgeholt werden solle. Er konstatiert, dass wenn sich bereits die Fachverwaltung schertue, dann gelte dies für die Politik im Insbesondere. Aufgrund der Komplexität der Materie wäre es der SPD-Fraktion daher wichtig gewesen, diese in Ruhe in den zuständigen Fachausschüssen zu diskutieren. Ansonsten sei jedoch auch deutlich geworden, dass an dem Verfahren selbst nun nichts mehr geändert werden könne.

Herr Goldmann weist zunächst auf die Schwierigkeit der Rechtsmaterie der Raumordnung und der Landesplanung hin, was sich u.a. in dem Umfang der Drucksache widerspiegele. Diese zu lesen, zu verstehen und politisch zu bewerten sei ein außerordentlicher Kraftakt. Insofern sei die kurze Monatsfristsetzung zur Stellungnahme eine Zumutung der obersten Landesplanungsbehörde. Insbesondere Privatpersonen oder besonders betroffene Landwirtschaftsbetriebe seien durch das Verfahren faktisch von der Meinungs- und Willensbildung zu diesem Prozess ausgeschlossen. Es dränge sich vor allem anhand des zuvor geschilderten Verfahrens der Eindruck auf, dass der Planungs- und Gesetzgeber nicht unbedingt ein hohes Interesse an den geforderten Stellungnahmen aller Beteiligten habe. So sei die Frist zur Stellungnahme als auch die Lage in den Sommerferien nicht günstig. Er sehe jedoch auch, dass es einen dringenden Handlungsbedarf gebe. Bereits als im Jahre 2017 der Landesentwicklungsplan durch die rot-grüne Landesregierung verabschiedet wurde, wurde eine Flächenkulisse von zwei Prozent der Gesamtfläche festgelegt. Die jetzige Planung sehe

hingegen lediglich 1,1 Prozent bis 2025 vor. Eine Alternative dazu, dieses Verfahren jetzt zu begleiten und zu unterstützen, gebe es nicht und sollte in der Interessenslage des Kreises Unna liegen.

Weiterhin führt er aus, dass dies bereits das vierte Änderungsverfahren zum LEP NRW sei, obwohl im Normalfall ein Landesentwicklungsplan auf mindestens 15 Jahre ausgelegt werde. Dies sei in der Sache bereits nicht überzeugend.

Die in Rede stehende Stellungnahme der Verwaltung sei im Übrigen nachvollziehbar, sodass auch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag der vorgenannten Stellungnahme zustimmen werde, auch wenn sie nicht in allen Detailvorschlägen mit der Verwaltung übereinstimme. Mit Blick auf die Vergangenheit sei nun dieser Aufschlag der Landesregierung durchaus richtig. Die Einführung der maximalen Obergrenze von 75 Prozent der zur Verfügung stehenden Windenergiepotentiale sei jedoch rechtlich fragwürdig. Sollte dies so beibehalten werden, sei es rechtsfehlerhaft und -widrig und würde einer verwaltungsgerichtlichen Überprüfung nicht Stand halten. Er hoffe, dass der Landesgesetzgeber dies vor der endgültigen Beschlussfassung korrigieren werde. Die Abstandsgebote von 1.500 Metern seien als sogenanntes Verhinderungspotential nicht aufrecht zu erhalten. Man könne durchaus unterschiedlicher Meinung zur Nutzung von Flächen, insbesondere in Wäldern, sein. Wolle man jedoch die vorhandenen Potentiale ausschöpfen, sei der Vorschlag der Landesregierung richtig.

Eine Vielzahl der im Fachbeitrag des LANUV dargestellten Flächen stehen darüber hinaus für eine Nutzung in dieser Form nicht zur Verfügung, da es unter anderem militärische Anlagen oder Deponiestandorte betreffe. Er wolle damit lediglich deutlich machen, dass noch eine Menge Arbeit erforderlich sei, bis der neue LEP rechtskonform und verfahrensrelevant einer Zielführung zugeführt werden könne. Abschließend stellt er einen landesweit dringenden Handlungsbedarf fest, sodass der Beschlussvorschlag, die in Rede stehende Stellungnahme nun möglichst zeitnah an die oberste Landesplanungsbehörde und die beteiligten Fachministerien weiter zu geben, richtig und notwendig sei.

Herr Klostermann erklärt für die FDP-Fraktion, dass der Beschlussvorschlag mitgetragen werde. Er betont zunächst die Komplexität der Materie. Die Stellungnahme des Kreises Unna beziehe sich zum Teil auf das Verfahren selbst, sei gut begründet und könne daher mitgetragen werden. Es sei jedoch auch wichtig, dass dieses technische Gebilde auch den Bürgerinnen und Bürgern verständlich gemacht werde. Es sei zwar so, dass die Bevölkerung die Energiewende grundsätzlich befürworte, aber niemand ein Windrad in der näheren Umgebung stehen haben wolle. Er berichtet in diesem Zusammenhang von der Situation in Schleswig-Holstein, wo zur Kommunalwahl erkannt wurde, dass das Thema Windkraft Konfliktpotential mit sich bringe. Solarenergie werde seinem Eindruck nach als weniger störend empfunden als Windkraftanlagen. Es sei daher wichtig, die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema einzubinden.

Herr Pufke von der CDU-Fraktion erklärt, dass die Stellungnahme in dieser Form fraktionsseitig unterstützt werde. Der Vergleich mit Stellungnahmen anderer Kreisverwaltungen habe ergeben, dass sich diese bei den formalen Gesichtspunkten ähneln. Lediglich die Schwerpunkte seien nachvollziehbar, aufgrund teils anderer geografischer Voraussetzungen, anders gesetzt, sodass die CDU-Fraktion die Weiterleitung der vorgelegten Stellungnahme an die Landesregierung befürworte.

Herr Prof. Dr. Hofnagel erklärt, dass auch die Fraktion GFL+WfU viele Punkte der Stellungnahme, wie beispielsweise die Thematik des Risikos zur Schaffung der Rechtssicherheit, der Zeitplanung oder der Netzzugänge, mittrage. Er wolle jedoch auch darauf aufmerksam machen, dass die Fraktion zu zentralen Punkten der Landesentwicklungsplanung und der vorgelegten Stellungnahme eine andere Einschätzung vertrete. So wurde im Kreis Unna der Klimanotstand ausgerufen. Die Klimakrise müsse sich daher auch in der Landesentwicklungsplanung widerspiegeln. Aus Sicht der Fraktion werde in der politischen Diskussion an manchen Punkten inhaltlich in die falsche Richtung argumentiert. Beim Thema Flächenkonkurrenz habe er häufig ein

Problem damit, wenn Ackerfläche als Gewerbefläche ausgewiesen werden solle. Weiterhin sehe er es als problematisch, wenn - gemäß der Stellungnahme - der Kreis Unna die Position vertrete, dass Gewerbeflächen für Gewerbe genutzt werden solle und der Prüfungsaspekt zur vorrangigen Nutzung als Windnutzfläche nicht berücksichtigt werden solle. Die Haltung der Fraktion sei dazu grundlegend konträr.

Weiterhin hätte auch in der Landesentwicklungsplanung die Zielsetzung weiter verschärft werden müssen, da der Gesetzgeber hier seinen eigentlichen Pflichten der sich weiter verschärfenden Rahmenbedingungen nicht ausreichend nachkomme. Dies werde in der Stellungnahme nicht ausreichend thematisiert.

Vor diesem Hintergrund werde die Fraktion GFL+WfU dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, da in der vorgelegten Stellungnahme aus Sicht der Fraktion zentrale, bedeutende Aspekte in der heutigen Zeit der drohenden Klimakatastrophe und des erforderlichen Umdenkens auf kommunaler Ebene nicht zum Ausdruck gebracht werden. Die Arbeit in Form der gefertigten Stellungnahme werde aber ausdrücklich geschätzt und viele Punkte grundsätzlich mitgetragen. Er schließe sich jedoch der Anmerkung der SPD-Fraktion mit einer Protokollnotiz an und schließe sich damit auch der geäußerten Kritik an.

Herr Kozik ergänzt hierzu, dass für die Umsetzung ein tragfähiger rechtlicher Rahmen benötigt werde, der den Kreis Unna ermächtige, Genehmigungen erteilen zu können. Die Stellungnahme ziele darauf ab, die Landesplanungsbehörde zu ermutigen, über bestimmte Formulierungen hinsichtlich der Rechtskonformität nachzudenken. Es gehe darum, als Kreis Unna einen Beitrag dahingehend zu leisten, dass in Gänze rechtssichere Regelungen geschaffen werden. Erst dann werde der Kreis Unna in die Lage versetzt, gegenüber Landwirten und Investoren belastbare Auskünfte zu erteilen. Zwar könne es sein, dass sich durch nachfolgende Erlasse unklare Aspekte auflösen, jedoch gebe es diese noch nicht. Für den Landesgesetzgeber sei es aus seiner Sicht wichtig, dass die vorgegebenen Änderungen des Bundesgesetzgebers nochmals in den LEP eingearbeitet werden, damit für die Regionalplanungsbehörden letztlich rechtskonforme Regelungen zur Verfügung stehen.

Beschluss

Folgender Beschluss wird gem. § 50 Abs. 3 Satz 1 der Kreisordnung (KrO) NRW im Wege der Dringlichkeit gefasst:

1. Der Stellungnahme zur 2. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wird zugestimmt.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Stellungnahme dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesplanungsbehörde in Düsseldorf zu übersenden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (eine Nein-Stimme der Fraktion GFL-WfU)

Punkt 4   144/23   Vergabe von rettungsdienstlichen Leistungen im Bereich des Krankentransportes im Kreis Unna; Erweiterung eines Grundsatzbeschlusses; Dringlichkeitsbeschluss

Erörterung

Herr Gutzeit berichtet, dass es um eine Ergänzung des Kreistagsbeschlusses vom 13.06.2023 hinsichtlich der Vergabe von Rettungsdienstleistungen gehe. Die Stadt Unna möchte sich in Anbetracht der Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes stärker als bisher auf den Rettungsdienst konzentrieren und beabsichtigt, die dort vorgehaltene Krankentransportkapazität an den Kreis Unna zurückzugeben. Insofern gehe es darum, die bereits am 13.06.2023 beschlossene Vergabe zu erweitern.

Beschluss

Folgender Beschluss wird gem. § 50 Abs. 3 Satz 1 der Kreisordnung (KrO) NRW im Wege der Dringlichkeit gefasst:

In Ergänzung des Kreistagsbeschlusses vom 13.06.2023 (DS.Nr. 122/23) wird der Landrat beauftragt, den Vertrag über die Durchführung von Rettungsdienstleistungen im Bereich des Krankentransportes im Kreis Unna in dem im Sachbericht beschriebenen erweiterten Umfang für die Dauer von drei Jahren mit zwei Verlängerungsoptionen von jeweils einem Jahr mit dem im Auswahlverfahren ermittelten Bestbietenden durch die Verwaltung abzuschließen.

Über die Vergabe dieser erweiterten Rettungsdienstleistung mit einem Umfang von nunmehr jährlich ca. 3.040.000 Euro und damit einem Gesamtvolumen von maximal 15.200.000 Euro soll im Rahmen des § 5 Abs. 3 der Hauptsatzung des Kreises Unna entschieden werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5   145/23   Einführung des Deutschlandtickets für das Schuljahr 2023 / 2024 an den Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna; Dringlichkeitsbeschluss

Erörterung

Herr Kreisdirektor Janke führt aus, dass das Konzept zur Einführung des Deutschlandtickets für Schüler*innen nunmehr vorliege. Es werde vorgeschlagen, das Deutschlandticket für die sich in Trägerschaft des Kreises Unna befindlichen Schüler*innen im sogenannten Landesmodell einzuführen. Die Kosten für die Anspruchsberechtigten blieben somit unverändert, während der Anspruch auf die Leistungen des Deutschlandtickets ausgeweitet werde. Die nicht anspruchsberechtigten Schüler*innen können das Deutschlandticket zu einem ermäßigten Preis von 29 € erwerben. Die vom Kreis Unna getragenen und von Schüler*innen bezuschussten Kosten für die sogenannten Sozialtickets belaufen sich auf 16,50 €. Diese sollen perspektivisch ebenfalls auf das Deutschlandticket ausgeweitet werden. Für den Kreis Unna entstehen keine Zusatzkosten. Die Kosten pro Schüler*in liegen hierbei oberhalb der 588 €, sodass somit keine Mehrkosten entstehen und es trotz einem ausgeweiteten Angebot bei dem zuvor einkalkulierten Aufwand verbleibe. Nach positiver Beschlussfassung werde mit den Mobilitätspartnern eine kurzfristige Einführung – voraussichtlich zum 01.10.2023 – vereinbart. Ziel sei nach Beratung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine kreisweite Einführung. Da die Aufgaben des Schulträgers jedoch bei jeder Stadt bzw. Gemeinde selbst liegen, müsse hier zunächst der politische Diskurs abgewartet werden. Er sei jedoch zuversichtlich, dass alle Städte- und Gemeindeverwaltungen den jeweiligen Räten die Einführung vorschlagen werden. Die letzte Entscheidungshoheit verbleibe jedoch bei den jeweiligen Räten.

Frau Schneider von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag zeigt sich erfreut über die beabsichtigte Einführung des Deutschlandtickets. Sie bemängelt jedoch den späten Einstieg in die Thematik. Sie fragt, ob die Einführung des Deutschlandtickets beim Kreis Unna von der Einführung in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden abhängig gemacht werde, oder unabhängig von deren Entscheidungen laufe, und bittet um Erläuterung des weiteren Zeitplans.

Herr Janke erläutert, dass der Vorschlag dahingehend formuliert werde, dass die Einführung unabhängig von den Entscheidungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden erfolgen solle. Der einzige Unterscheidungspunkt könne die Kostenfrage sein. Da es für den Kreis Unna jedoch finanziell nicht nachteilig, sondern vielmehr ausschließlich mit Vorteilen verbunden sei, könne es aus seiner Sicht keine andere Entscheidung als die Zustimmung zur Einführung geben.

Die Situation könne sich jedoch in anderen Kommunen durchaus anders darstellen. Sollte eine Kommune letztlich zu einem anderen Ergebnis kommen, hätte dies keine Auswirkungen auf die restlichen Beteiligten.

Er ergänzt zu dem von Frau Schneider thematisierten Informationsstand, dass der Kreisverwaltung Unna zum Zeitpunkt der Kreistagssitzung tatsächlich nicht alle notwendigen und entscheidungsrelevanten Informationen mit den entsprechenden Berechnungsmodellen vorlagen. Man hätte sich überdies seinerzeit dem Vorwurf ausgesetzt gesehen, ohne dezidierte und inhaltsreiche Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen einen solchen Vorschlag zu tätigen.

Man habe jedoch sehr kurzfristig erkannt, dass sich die Informationslage geändert habe. So sei in der Kreis Ausschusssitzung vom 12.06.2023 noch von einer Einführung zum nächsten Schuljahr die Rede gewesen, während nunmehr die Einführung bereits zum 01.10.2023 geplant sei.

Frau Wohlgemuth führt aus, dass aus Sicht der Fraktion Die Linke – UWG Selm aufgrund der Kostenneutralität für den Kreis Unna ein größerer Handlungsspielraum möglich gewesen wäre. Sie werde die Entscheidung mittragen, weist jedoch auch daraufhin, dass die Einführung des Deutschlandtickets für Schüler*innen nur ein Einstieg sein könne und der Prozess auch fortgeführt werden müsse, selbst wenn in Zukunft keine Kostenneutralität gewährleistet sei.

Herr Pufke erklärt, dass die Situation interessant werde, sobald das Land NRW nicht mehr die Defizite auffängt. Es sei bekannt, dass bereits die derzeitigen 49 € nicht auskömmlich seien und auch die errechneten 69 € für eine Kostendeckung nicht ausreichend seien. Hier sei wichtig, dass die kommunale Familie, neben den bereits vorhandenen Umlagen für den LWL und ZRL, letztlich nicht mit einer dritten Umlage zur Finanzierung des NWL belastet werde.

Herr Prof. Hofnagel erklärt, dass auch die Fraktion GFL+ WfU über diesen wichtigen Zwischenschritt erfreut sei. So sei es Ziel der Fraktion, den öffentlichen Personennahverkehr möglichst für alle Schüler*innen und auch weitergehende Personengruppen kostenlos zu stellen. Der Vorlage werde insofern gefolgt. Er betont jedoch ausdrücklich, dass es sich hierbei aus Sicht der Fraktion lediglich um einen Zwischenschritt handle und weist auf die unterschiedlichen Verhältnisse in den Städten Deutschlands hin. So sei der ÖPNV in Berlin und Gütersloh beispielsweise für alle Schüler*innen kostenlos. Hier gehe es um die Frage gleicher Lebensbedingungen für alle Schüler*innen. Dazu werde sich die Fraktion nochmals beraten. Sobald die Finanzierungszusage weg falle, würde das Defizit im Übrigen aus Sicht der Fraktion gezahlt werden müssen. Dem stehe jedoch die Haushaltsfinanzierung gegenüber. Es sei daher in diesem Zusammenhang denkbar, lediglich über eine Kostenfreiheit für den regionalen Bereich nachzudenken, wenn dadurch die Möglichkeit für einen für alle geltenden kostenlosen Personennahverkehr geschaffen werde. Er gibt zu Protokoll, dass die Fraktion die Einführung des Deutschlandtickets für alle Schüler*innen in Trägerschaft des Kreises Unna spätestens zum 01.10.2023 erwarte.

Abschließend fragt er, ob es sich hierbei wirklich um einen eilbedürftig zu fassenden Beschluss handle, da man im bejahenden Fall die Begründung für ebenfalls betroffene Stadträte übernehmen könne.

Herr Landrat Löhr erläutert, dass sich die Einführung noch weiter verzögern würde, wenn man zunächst die Kreistagssitzung im September 2023 zur Beschlussfassung abwarten wolle. Das Thema sei höchst aktuell, sodass man sich nicht der Frage aussetzen wolle, warum man bis zur Kreistagssitzung warte, wenn vorher eine Kreis Ausschusssitzung stattfinde, in welcher eine politische Beschlussfassung erfolgen könne. Daher habe man die Angelegenheit als eilbedürftig eingeordnet.

Herr Kreisdirektor Janke ergänzt, dass die Verwaltung davon ausgegangen sei, dass wenn der Kreisausschuss der Meinung folge, dass das Thema mit maximaler Geschwindigkeit zu verfolgen sei, dann würde voraussichtlich der Rest des Kreistages auch nicht zu der Entscheidung kommen, dass es hierbei keiner Dringlichkeitsentscheidung bedürft hätte. Es sei jedoch ebenso korrekt, wenn dies in anderen Städten und Gemeinden anders bewertet werden würde.

Weiter erläutert er, dass im Gegensatz zur Stadt Dortmund im Kreis Unna ein Schülersozialticket existiere. Natürlich werde die Finanzierungsstruktur, die es bereits im Sozialticketbereich gibt, auf das Deutschlandticket ausweitert werden. Insofern sei im Kreis Unna die Diskussion eine andere als in der Großstadt Dortmund.

Zu mittelfristigen Finanzierung erklärt er, dass nach Beendigung der Finanzierungszusage durch Land und Bund hinsichtlich des Gesamtdeutschlandtickets und auch des Schülerdeutschlandtickets der Vorschlag seitens der Verwaltung erfolgen müsse, aufgrund der finanziellen Bindung die Maßnahme rückabzuwickeln und in andere Tarifsysteme zu wechseln. Dies sei zwar nicht begrüßenswert, jedoch sei es ohne Landes- und Bundesmittel nicht möglich, dass die kommunale Ebene die Mobilitätswende organisiere und sie anschließend auch noch finanziere. Das würde eine deutliche Überforderung dieser Ebene bedeuten.

Insofern sei es erforderlich, dass parteiübergreifend und auch auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände der Druck hochgehalten werde, dass man für eine dauerhafte Finanzierung dieser Ticketstruktur eintrete. Würde man dagegen auf eine Einführung verzichten, würde man der Argumentation Vorschub leisten, dass ein solches Ticketsystem gar nicht gewollt sei. Dies sei der falsche Weg. Es sei insofern äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Finanzmittel weiter fließen werden.

Herr Löhr ergänzt, dass der Kreistag selbstverständlich die Möglichkeit habe sich - nach Beendigung der Finanzierungszusage durch Land und Bund - für das Tragen des Finanzierungsdefizits zu entscheiden und das Projekt weiter zu finanzieren.

Herr Pufke weist darauf hin, dass dies formal korrekt sei, jedoch in dem Fall die Kreisumlage nicht außer Blick geraten dürfe, sodass die CDU-Fraktion den vorherigen Ausführungen des Kreisdirektors in dieser Sache folge.

Beschlussvorschlag

Folgender Beschluss wird gem. § 50 Abs. 3 Satz 1 der Kreisordnung (KrO) NRW im Wege der Dringlichkeit gefasst:

Der Landrat wird beauftragt, das Deutschlandticket für das Schuljahr 2023 / 2024 an Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzuführen und den Vertrag mit der Westfalen Bus GmbH, stellvertretend für die Partner der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH, abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig angenommen

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlage

Präsentation Stellungnahme LEP

gez. Dajana Wiggeshoff
Schriftführerin

gez. Mario Löhr
Vorsitzender